

# **Die guten Seiten des Satans**

## Oberdiessbach baut ein Früherfassungsnetz auf

Zusammenfassung der Referate  
„Satanismus“, 1. November 2002

---

### **Intervention vom Sommer 2002 in der Oberstufe Oberdiessbach**

Referent: Christoph Joss, Schulleiter

Im Sommer 2000 wird an der Schule eine Schülerin durch Mitschüler massiv unter Druck gesetzt. Eine kleine Gruppe von MitschülerInnen, die sich in Briefen als Gesandte des Satans bezeichnen, fordern die Schülerin u.A. auf, sich auf das Schulhausdach zu begeben und sich hinunterzustürzen.

Die Schulleitung erhält die entsprechenden Informationen und setzt sich mit den Eltern und mit einer Fachstelle in Zürich in Verbindung.

Die Eltern reichen Strafanzeige ein, die aber bald zurückgezogen werden muss, weil die betroffene Schülerin sich weigert (unter Druck) Aussagen zu machen.

Da sich bis zum Herbst die Situation keineswegs beruhigt, wird durch die Schulleitung das Kantonale Jugendamt eingeschaltet. Dieses empfiehlt die Einschaltung der Vormundschafts-behörden mittels Gefährdungsmeldung. Anstelle der Vormundschaftsbehörden wird der Regionale Sozialdienst kontaktiert. Gemeinsam mit dem auch involvierten Pfarramt wird eine Strategie der Offenlegung der Informationen beschlossen.

In verschiedenen Zusammensetzungen und Formen werden die betroffenen SchülerInnen („Opfer“ und „Täter“), die Eltern, die MitschülerInnen und LehrerInnen informiert und beraten.

Unzählige Gespräche zwischen den verschiedenen Personen und Gruppen finden statt. Im Frühjahr 2001 beruhigt sich die Lage.

Die involvierten professionellen Stellen (Schulleitung, Pfarramt und Sozialdienst) werten die Interventionen auf allen Ebenen aus und erkennen, dass verschiedene Verbesserungen und Klärungen in der Zusammenarbeit angezeigt sind.

### **Das Projekt Zusammenarbeit Schule – Sozialdienst**

Referent: Ueli Dällenbach, Sozialarbeiter, RSD Oberdiessbach

Die Basis für die Projektgruppe ist die Auswertung der „Satanismus“ Intervention. Es wird festgestellt, dass die Funktionen und Zuweisungen geklärt und institutionalisiert werden müssen und dass ein Raster entstehen muss, der die Zusammenarbeit für die LehrerInnen und den Sozialdienst klar definiert.

Im Verlauf der Klärungsarbeit wird ersichtlich, dass eine Verbesserung der Zusammenarbeit allenfalls über die Schaffung einer Koordinationsstelle, innerhalb der Schule, angestrebt werden könnte.

Die Aufgabe der Koordinationsstelle, die wir die Anlaufstelle Soziales nennen, wäre, den KlassenlehrerInnen zur Seite zu stehen, bei grösseren Problemen die Triage zwischen Heilpädagogischem Ambulatorium und Sozialdienst mitzugestalten. Wichtig ist uns, dass die verschiedenen Angebote der Erziehungsdirektion und der Sozialdienste wahrgenommen werden. Es muss geklärt werden, ob Probleme von SchülerInnen innerhalb des Systems Schule oder innerhalb des Systems Sozialdienst angegangen werden. Selbstverständlich ist es möglich, dass die beiden Systeme zum Einsatz kommen. Hier ist es aber dringend angezeigt, dass die Kommunikation zwischen den Systemen auch funktioniert und institutionalisiert wird. Ein Ziel ist es überdies, die Zusatzaufgabe der Koordination Anlaufstelle Soziales nicht mit einem enormen Mehraufwand zu belasten und trotzdem gleichzeitig die KlassenlehrerInnen zu entlasten.

Die LehrerInnenkollegien im Einzugsgebiet des Regionalen Sozialdienstes wurden durch die Schulleitungen angefragt, ob sie mitmachen. Nach dem positiven Signal aus den Schulhäusern nahmen die Schulkommissionen dazu Stellung und unterstützen das Projekt

In der Region sind nun in den acht Schulhäusern acht Anlaufstellen installiert. Es bestehen Diagramme für die verschiedenen Phasen von Problemsituationen.

Oberdiessbach, 13. September 2002 / ueli dällenbach